

**Niederschrift**

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen  
am 12.03.2013  
um 17:00 Uhr bis 18:20 Uhr in Remscheid, Fabricius-Klinik, Brüderstr. 65, 42853  
Remscheid**

Anwesend sind:

**Vorsitzender**

Herr Norbert Schmitz

**Ratsmitglied**

Herr Ottmar Gebhardt

Frau Gabriele Kemper-Heibutzki

Herr Lothar Krebs

Frau Tanja Kreimendahl

Frau Gabriele Leitzbach

Frau Brigitte Neff-Wetzel

Frau Dorothea Schlächter

Herr Stefan Wagner

**Sachkundige Bürgerin**

Frau Jill Brebeck

**Sachkundige Bürger**

Herr José Ramón Álvarez Orzáez

Frau Regine Frielingsdorf

Herr Björn Gottschalk

Frau Lore Mohr

Frau Erika Schmitz

**Sachkundiger Einwohner**

Herr Erkan Sahin

**von der Verwaltung**

Herr Domingo Estrany-Dreßler

Frau Petra Hellmann-Wien

Herr Dr. Frank Neveling

**Schriftführerin**

Frau Silke Eller

Entschuldigt fehlen:

**Stadtdirektor**

Herr Burkhard Mast-Weisz

## Tagesordnung

### **I. Öffentlich**

- |              |         |  |
|--------------|---------|--|
| <b>1</b>     |         | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung  |
| <b>2</b>     |         | Niederschrift über die Sitzung vom 06.11.2012  |
| <b>3</b>     |         | Vorstellung Fabricius-Klinik   |
| <b>4</b>     | 14/2782 | Sachstandsbericht zur bergischen Kooperation der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal auf dem Gebiet des Gesundheitswesens   |
| <b>5</b>     |         | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung  |
| <b>6</b>     |         | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung  |
| <b>6.1</b>   | 14/2533 | "Schlüssiges Konzept" für die Kosten der Unterkunft - Anfrage der CDU-Fraktion   |
| <b>6.1.1</b> | 14/2974 | Anfrage der CDU zum schlüssigen Konzept zur Berechnung der angemessenen Unterkunfts-kosten   |
| <b>6.2</b>   | 14/2647 | Anfrage im Seniorenbeirat 14/2356 vom 20.09.2012 - Grundsicherung -  |
| <b>7</b>     |         | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung  |
| <b>8</b>     |         | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung  |
| <b>9</b>     |         | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung  |
| <b>10</b>    |         | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung  |
| <b>11</b>    |         | Berichte aus den Beiräten  |
| <b>11.1</b>  |         | Erstellung eines Bankkatasters - Empfehlung des Seniorenbeirates   |
| <b>12</b>    | 14/2538 | Umsetzung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes in Remscheid  |
| <b>13</b>    | 14/2745 | Überplanmäßige Mittelbereitstellung für Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets für Kindergeldzuschlags- und Wohngeldberechtigte gem. § 6 b Bundeskindergeldgesetz (BKGG) für das Haushaltsjahr 2012 |
| <b>14</b>    | 14/2800 | "Pakt für den Sport"   |
| <b>15</b>    | 14/2778 | Teilnahme am Projekt öffentlich geförderte Beschäftigung   |
| <b>16</b>    | 14/2969 | Managementprogramm 2011 - 2014, Bericht erstes bis viertes Quartal 2012  |



## **I. Öffentlich**

### **1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung**

Es werden keine Änderungen/Ergänzungen zur Tagesordnung beantragt.

### **2. Niederschrift über die Sitzung vom 06.11.2012**

Es gibt keine Änderungen/Ergänzungen zur Niederschrift.

### **3. Vorstellung Fabricius-Klinik**

Herr Dr. Ball begrüßt den Ausschuss in den Räumen der Fabricius-Klinik.

Er gibt einen kurzen Überblick über die Geschichte der Klinik, die aktuelle Situation und die Fachabteilungen (Orthopädie und Geriatrie).

In der Klinik werden jährlich etwa 1.000 Patienten stationär behandelt. In der angeschlossenen Tagesklinik können täglich 8 – 10 Personen betreut werden.

### **4. Sachstandsbericht zur bergischen Kooperation der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal auf dem Gebiet des Gesundheitswesens Vorlage: 14/2782**

Herr Beigeordneter Bayer berichtet über den derzeitigen Stand der bergischen Kooperation, die ab 01.04.2012 wirksam ist.

Der schriftliche Bericht wurde gemeinsam von den Städten Wuppertal, Solingen, Remscheid erarbeitet und liegt den zuständigen politischen Gremien vor.

Herr Bayer lobt die gute Zusammenarbeit der bergischen Städte, die eine Steuerungsgruppe eingerichtet hat, die sich auch zukünftig weiterhin trifft, um das Projekt erfolgreich zu begleiten.

Er berichtet über die derzeitigen Schwierigkeiten ausreichend qualifiziertes zahnärztliches Personal für das Kompetenzzentrum Zahngesundheit/ Zahnärztl. Dienst zu finden. Zwei vakante Zahnarztstellen sollen in Kürze neu besetzt werden.

Trotz des Ausscheidens des Abteilungsleiters des Zahnärztl. Dienstes, Dr. Petrakakis, wurden in Remscheid durch die verbliebene zahnärztl. Kollegin aus Solingen über 1.000 zahnärztliche Untersuchungen in Remscheider Schulen durchgeführt.

Im Rahmen der Untersuchung wurden bei ca. 13% der Schulkinder kariöse Zahnbefunde festgestellt und eine weitergehende zahnärztliche Diagnostik der betroffenen Kinder eingeleitet.

Die geringe Anzahl von Apothekenbesichtigungen in Remscheid ist dadurch bedingt, dass der Besichtigungsintervall 2 Jahre beträgt und in den Jahren 2011/2012 bereits zahlreiche Remscheider Apotheken besichtigt wurden, so dass erst 2013/2014 verstärkt Apothekenrevisionen stattfinden.

Dr. Neveling berichtet über eine seit Weihnachten 2012 steigende Anzahl von amtsärztlichen Leichenschauen.

Im Rahmen der bestehenden Kooperation mit der Bergischen Universität wird ggf. eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Daten durchgeführt, um die Todesursachen und mögliche Jahreszeit bedingte Schwankungen zu belegen.

Frau Neff- Wetzel fragt nach einer zahnärztlichen Diagnostik der Kinder in Förderschulen und in weiterführenden Schulen. Sie weist darauf hin, dass die Belehrungen der Schüler nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) teilweise nicht vor Ort stattfindet, dass z.B. Kinder aus Wuppertal nach Solingen zur Belehrung nach dem IfSG fahren müssen.

Dr. Neveling berichtet, dass auch die Förderschulen und weiterführenden Schulen im Rahmen weiterer Gespräche mit dem Kompetenzzentrum Wuppertal in die Untersuchungen mit einbezogen werden sollen. Die Wiederbesetzung der zahnärztlichen Stellen muss zunächst abgewartet werden.

Bezüglich der Belehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz gibt es zukünftig die Möglichkeit, diese im Berufskolleg Technik in Remscheid für Remscheider Schulen durchführen zu lassen, so dass Remscheider Schüler nicht nach Solingen fahren müssen.

Bezüglich der Frage nach möglichen Einsparpotentialen durch Herrn Krebs wird von Herrn Bayer und Herrn Dr. Neveling angemerkt, dass die Einsparziele voraussichtlich erzielt werden, dass aber aufgrund des altersbedingten Ausscheidens einzelner Mitarbeiter das maximale Einsparpotential erst 2017 erreicht werden kann. Bestehende Standards sollen beibehalten und nicht reduziert werden. Die Ziele sind durch die jeweiligen Ratsbeschlüsse vorgegeben. Verlässliche Zahlen sind erst im Rahmen der bergischen Abrechnung im Sommer vorhanden.

Auf die Frage des Herrn Gebhard nach einer gleichmäßigen Verteilung der zahnärztlichen Untersuchung auf alle 3 bergischen Städte teilt Herr Bayer mit, dass zukünftig ein gleicher Verteilungsschlüssel erzielt werden soll.

Herr Bayer wird vom Gremium verabschiedet, Dr. Neveling bedankt sich für die äußerst gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

## **5. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung**

Es gibt keine Anfragen gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung.

## **6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung**

### **6.1. "Schlüssiges Konzept" für die Kosten der Unterkunft - Anfrage der CDU-Fraktion Vorlage: 14/2533**

Frau Kreimendahl bittet um einen Bericht über den Gesprächstermin am 27.02.2013 beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales.

Herr Estrany-Dressler hat daran teilgenommen. Das Ministerium hat anlässlich des Termins zugesagt, bis 30.06.2013 eine Arbeitshilfe zu erstellen und den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Viele Kommunen, so auch die Stadt Remscheid, sind der Meinung, ein schlüssiges Konzept entwickelt zu haben. Es wurde aber bisher kein Konzept gerichtlich überprüft. Prob-

leme gibt es bei der Beschaffung der notwendigen Daten. Bei der Stadt Remscheid wird u. a. auf die Zahlen aus dem Mikrozensus gewartet.

Rein informativ wurde im Internet bei einem Immobilienanbieter Wohnraum für die verschiedenen Bedarfsgemeinschaften abgefragt. Danach steht ausreichend Wohnraum zu unterschiedlichen Mietpreisen zur Verfügung.

Herr Gebhard schlägt vor, größere Vermieter wie z. B. die GEWAG mit einzubeziehen. Laut Auskunft von Herrn Estrany-Dressler ist das bereits geplant.

Frau Kreimendahl bittet um einen Bericht im 3. Quartal.

Herr Estrany-Dressler informiert, dass die Stadt Remscheid an einem Konzept arbeitet, dass auch dem Ministerium vorgelegt werden soll.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**6.1.1. Anfrage der CDU zum schlüssigen Konzept zur Berechnung der angemessenen Unterkunftskosten  
Vorlage: 14/2974**

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Punkt 6.1 behandelt.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**6.2. Anfrage im Seniorenbeirat 14/2356 vom 20.09.2012 - Grundsicherung -  
Vorlage: 14/2647**

Frau Schmitz berichtet, dass das Thema Altersgrundsicherung im Seniorenbeirat diskutiert worden ist. Die Altersarmut zwingt immer mehr Senioren dazu, in Einrichtungen zu ziehen und Grundsicherung zu beantragen. Der Bund hat seine Beteiligung daran inzwischen auf 45 % erhöht.

Herr Gebhard fragt nach den im Haushalt eingeplanten Mitteln für die Grundsicherung.

Frau Hellmann-Wien teilt mit, dass im Haushalt 2013 der Eigenanteil der Stadt Remscheid in Höhe von 5,5 Millionen Euro eingeplant ist.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**7. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Berichte vor.

**8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Vorschläge zur Tagesordnung vor.

**9. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung**

Es wurden keine Anträge eingereicht.

**10. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung**

Es gibt keine Anfragen.

**11. Berichte aus den Beiräten**

Frau Schmitz teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Seniorenbeirates nachgefragt worden ist, ob es analog zu den offenen Forderungen im Bereich OGGs noch ausstehende Forderungen im Bereich der Unterhaltsleistungen für Senioren gibt. Eine Antwort der Verwaltung steht noch aus.

**11.1. Erstellung eines Bankkatasters - Empfehlung des Seniorenbeirates**

Frau Schmitz erläutert den Hintergrund. Die Aufstellung eines Bankkatasters soll dazu dienen, im Notfall hilfsbedürftige Personen schneller auffinden zu können. Die Beschilderung der Bänke könnte z. B. durch die Feuerwehr erfolgen.

Herr Krebs schlägt vor, dass die Bezirksvertretungen das Thema aufgreifen. Die Bezirksvertreter kennen wahrscheinlich die meisten Bankstandorte in ihren Bezirken.

Außerdem sollte geklärt werden, wer für die Beschilderung und die Führung des Katasters zuständig sein soll und die entstehenden Kosten sollten ermittelt werden.

Über diesen Vorschlag lässt der Vorsitzende abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

**Beschluss:**

Der Ausschuss bittet die Verwaltung,

- einen zuständigen Fachdienst für die Aufstellung eines Bankkatasters zu benennen;
- die mit der Aufstellung eines Bankkatasters verbundenen Kosten zu ermitteln.

**12. Umsetzung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes in Remscheid  
Vorlage: 14/2538**

Frau Neff-Wetzel hat Fragen zum Organigramm und der Anzahl der Stellen. Frau Schlächter teilt mit, dass Herr Sternkopf vom ZD Integration und Migration das Organigramm in einer Sitzung des Integrationsausschusses erläutert hat. Der entsprechende Auszug aus der Niederschrift soll dem Protokoll beigefügt werden.



**13. Überplanmäßige Mittelbereitstellung  
für Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets für Kindergeldzuschlags-  
und Wohngeldberechtigte gem. § 6 b Bundeskindergeldgesetz (BKGG) für  
das Haushaltsjahr 2012  
Vorlage: 14/2745**

Da die Mittel für 2012 nicht aufgebraucht worden sind, fragt Frau Neff-Wetzel nach, wie die Maßnahme in Zukunft besser an den Kunden gebracht werden kann. Außerdem möchte sie wissen, ob es für die Ende 2013 auslaufenden Fördermittel für die Schulsozialarbeiter eine andere Finanzierungsmöglichkeit gibt, um die Maßnahme fortsetzen zu können.

Frau Hellmann-Wien erläutert, dass die Gelder für das Bildungs- und Teilhabepaket pauschal zugewiesen werden. Daher besteht immer die Möglichkeit, dass die Mittel nicht vollständig ausgeschöpft werden. Die Restmittel werden in das Jahr 2013 übertragen. Im Vergleich 2011/2012 konnte aber eine Steigerung der Nachfrage festgestellt werden.

Die Schulsozialarbeiter werden aus Bundesmitteln finanziert, eventuell reichen diese noch bis ins Jahr 2014. Ob es anschließend eine Weiterfinanzierung durch andere Fördermöglichkeiten geben wird, ist noch nicht bekannt

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**14. "Pakt für den Sport"  
Vorlage: 14/2800**

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**15. Teilnahme am Projekt öffentlich geförderte Beschäftigung  
Vorlage: 14/2778**

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**16. Managementprogramm 2011 - 2014, Bericht erstes bis viertes Quartal 2012  
Vorlage: 14/2969**

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

gez.  
\_\_\_\_\_  
Norbert Schmitz  
Vorsitzender

gez.  
\_\_\_\_\_  
Silke Eller  
Schriftführer/in



6. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung von 1. und 2. notwendigen Schritte einzuleiten und die für die Einrichtung und Förderung von Kommunalen Integrationszentren erforderlichen Anträge zu stellen.

**An den / die nachfolgend aufgeführten Fachdienst(e) bzw. Zentraldienst(e) zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung.**

**ASGW zur Kenntnis**